



PRESSEMITTEILUNG

Nr. 02/10

MAGDEBURG, 05.03.2010

Drastische Einschränkung der Arbeitsmarktmittel: Mehr Arbeitslose und Gefährdung der gesamtwirtschaftlichen Stabilität wären Folge

Laut übereinstimmenden Medienberichten will der Haushaltsausschuss des Bundestages eine Sperre über die Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit für die aktive Arbeitsmarktpolitik in Höhe von 900 Millionen Euro verhängen, insbesondere im Bereich der Grundsicherung. Darüber hinaus sollen die ursprünglich eingeplanten Zuschüsse des Bundeshaushalts an die Bundesagentur für Arbeit erheblich gekürzt werden.

Die Folgen dieser Vorhaben würden für die gesamte Volkswirtschaft höchst negativ sein, befürchtet Jürgen Banse, Geschäftsführer des VDP Sachsen-Anhalt: „Sollte es so kommen, würde vom ursprünglichen Prinzip des Förderns und Forderns nur noch das Fordern übrig bleiben. Wie aber sollen gerade Langzeitarbeitslose mit oftmals nicht unerheblichen Vermittlungshemmnissen ohne Unterstützung den Weg in eine sozialversicherungspflichtige, nicht subventionierte Tätigkeit finden?“, fragt Banse.

Einerseits ist angesichts der noch immer aktuellen Weltwirtschaftskrise in diesem Jahr von einem weiteren Anstieg der Arbeitslosenzahlen auszugehen. Andererseits können viele Unternehmen schon jetzt nicht mehr ihren Arbeitskräftebedarf abdecken. „Ein Wirtschaftsland wie Deutschland kann sich einen Fachkräftemangel ebenso wenig leisten wie ein wachsendes Heer von Langzeitarbeitslosen. Wenn man sich nicht mehr intensiv um die Hilfebedürftigen kümmert, verfestigt sich deren Arbeitslosigkeit auf Dauer – mit nachhaltigen Folgen für unsere sozialen Sicherungssysteme und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands.“, so nochmals der VDP-Landesgeschäftsführer.

Erst am Vortag hatte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) eine Untersuchung veröffentlicht, nach der eines der größten Hindernisse bei der Jobsuche durch Hartz-IV-Empfänger oftmals deren unzureichende berufliche Qualifikation sei. Deshalb sei eine pädagogisch ausgerichtete Unterstützung dringend notwendig mit maßgeschneiderten individuellen beruflichen Fortbildungsangeboten.

„Die Haushaltspolitiker dürfen die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge nicht aus dem Blick verlieren. Weitere Kürzungen und Haushaltssperren im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik würden Bund, Länder und Kommunen langfristig teuer zu stehen kommen. Hingewirkt werden muss zwar auf eine effizientere Umsetzung der Arbeitsmarktinstrumente – damit sollten sich aber dann auch die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitiker und nicht die Haushaltsexperten befassen.“, fordert deshalb der VDP Sachsen-Anhalt in aller Deutlichkeit.

Verantwortlich für den Inhalt: Jürgen Banse, Geschäftsführer VDP Sachsen-Anhalt

